



europatch

Das Magazin der Europäischen Bewegung Schweiz | Nr. 2/2021



Interview mit Ruth Dreifuss, erste Bundespräsidentin der Schweiz

**«Entweder öffnet der Bundesrat die Tür,
die er am 26. Mai zugeschlagen hat,
oder wir eröffnen eine Debatte über
den EWR-Beitritt.»**

Seite 6

INHALT

EUROPÄISCHE WERTE

- 3 Die EU: eine Wertegemeinschaft
- 4 Die grundlegenden Werte der EU
- 5 Freiheit, Gleichheit – und das Klima?

INTERVIEW

- 6 Interview mit Ruth Dreifuss

LITERATUR

- 9 Ein strategischer Kompass

AKTIVITÄTEN DER EUROPÄISCHEN BEWEGUNG

- 10 Die Kluft zwischen der Schweiz und der EU vergrössert sich

SEKTIONEN

- 11 «Vogelstrauss-Politik» ist keine Option

INTERNATIONAL

- 12 UEF-Kongress 2021

YOUNG EUROPEAN SWISS

- 13 Für ein handlungsfähiges Europa in der Welt

EUROPATAGUNG

- 14 Europatagung vom 27. November: Reden wir über Europa und unsere europäische Zukunft!
- 15 Programm der Europatagung

Unsere Werte: europäisch

Liebe Leserin, lieber Leser,

Die Europäische Union wird leider oft als reine Wirtschaftsgemeinschaft dargestellt. Doch sie ist weit mehr als das: Die EU ist vor allem eine Wertegemeinschaft. Das ursprüngliche Ziel der EU und ihrer Vorgängerorganisationen war es, einen dauerhaften Frieden in Europa zu gewährleisten. So wurden die ersten europäischen Gemeinschaften, wie zum Beispiel die Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), nicht nur gegründet, um den wirtschaftlichen Fortschritt voranzubringen. Es war stets ein Ziel der europäischen Integration, vor allem auch den Frieden – einer der wichtigsten

te sind Schweizer Werte – und umgekehrt. Als kleines und offenes Land mitten in Europa ist die Schweiz eng mit ihren Nachbarländern verbunden. Ökonomisch und politisch, aber eben auch sozial und kulturell. So ist die Schweiz Mitglied des Europarats, welcher Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fördert. Wir Schweizer:innen müssen also nicht erst lernen, Europäer:innen zu sein, wir sind es bereits. Unsere Zugehörigkeit zu Europa müssen wir dringend wieder stärken. Der erste Schritt dazu muss von der Schweiz kommen. Denn für uns steht viel auf dem Spiel,



© Schweizerisches Parlament

Roland Fischer

Vizepräsident der Europäischen Bewegung Schweiz

Werte überhaupt – in Europa zu sichern. Die EU definiert sich heute durch Werte wie Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte. Sie strebt nach einer Gesellschaft, welche sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit der Geschlechter auszeichnet. Diese gemeinsamen Werte sind für die EU-Mitgliedsstaaten von grosser Bedeutung und sie tragen zur Entfaltung einer gemeinsamen europäischen Identität bei.

Auch die Schweiz setzt sich seit jeher für die Sicherung von Frieden, Menschenrechten und den Erhalt der liberalen Demokratie ein. Aber auch Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Solidarität und den Schutz von Minderheiten repräsentiert die Schweiz sowohl im Innern als auch in der ganzen Welt. Damit vertritt die Schweiz die gleichen Grundwerte wie die EU: Europäische Wer-

nicht nur der Wirtschafts- und Forschungsstandort Schweiz, sondern auch der Anschluss an eine Gemeinschaft, mit der wir die gleichen Werte teilen. Gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn müssen wir uns auch in Zukunft für den Erhalt dieser Werte einsetzen.

Doch beim Bundesrat und im Parlament herrscht zurzeit Ratlosigkeit über die nächsten Schritte dazu. Für uns Europäer:innen hingegen ist die Richtung klar: Wir setzen uns ein für eine europäische Zukunft der Schweiz und damit für den Erhalt und die Weiterentwicklung der europäischen Werte. ★

Die EU: Eine Wertegemeinschaft

von **Alain Dauvergne**, Berater am Institut Jacques Delors

Die Europäische Union ist historisch betrachtet einzigartig. Zwar prägten schon vor Jahrhunderten venezianische und hanseatische Kaufleute den Welthandel, und heute sind – nebst der EU – die USA und China die Giganten der Weltwirtschaft. Die Wirtschaftsmacht allein ist aber auch nicht das, was die Union ausmacht.

Ihre Einzigartigkeit und ihr Einfluss liegt im freien Willen von siebenundzwanzig Staaten, sich zusammenzuschliessen, um gemeinsam einen Raum des Friedens, der Demokratie, der Gerechtigkeit, der Gleichheit sowie der Achtung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten zu schaffen. Diese und andere Werte bilden die Grundlage der Union.

Ein Staat, der sich diesen Werten nicht verpflichten will, kann der Union nicht beitreten. Und dies ist bei einem Beitritt hinreichend bekannt, denn die Verträge werden von den Staats- und Regierungschefs unterzeichnet und von den Parlamenten ratifiziert – in Ländern mit Volksabstimmung sogar auch von den Bürger:innen.

Die Unterzeichnenden verpflichteten sich nicht nur, die Werte zu respektieren, sondern auch, sie zu fördern (Art. 3 und 49 des Vertrags von Lissabon). Denn die Union will die Demokratie als Staatsform so weit wie möglich in der Welt verbreiten. Nun ist die EU aber glücklicherweise nicht der einzige Hort der Freiheit und der liberalen Demokratie, nicht die einzige Hüterin der Menschenrechte oder die einzige Institution, die für die Unabhängigkeit der Justiz eintritt. Aber sie ist die einzige Region, welche all diese Werte und ihre Durchsetzung zur zwingenden Verpflichtung und zur Grundlage einer engen zwischenstaatlichen Union macht. Das macht die EU einzigartig.

Im Lauf der Jahrzehnte und mit der schrittweisen Erweiterung der EU hat sich die liberale Demokratie in Europa verbreitet, und das Modell der EU hat – in unterschiedlichem Masse – regionale Zusammenschlüsse auf anderen Kontinenten inspiriert. Um jedoch langfristig als Vorbild und Inspiration zu dienen, muss die EU ihre Errungenschaften schützen. Die wirtschaftliche Prosperität der EU weckt zwar noch im-

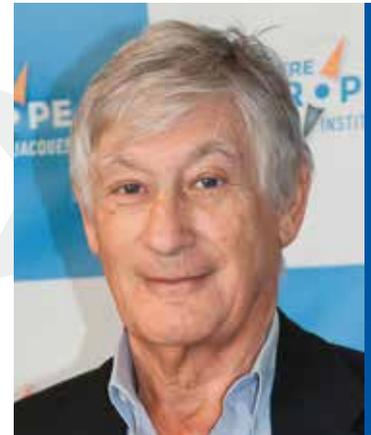
mer das Interesse verschiedenster Partner, und Europa ist noch immer das Wunschziel vieler Menschen aus ärmeren Weltgegenden. Aber das demokratische Modell scheint an Attraktivität zu verlieren.

Verschiedene Staaten – allen voran Ungarn und Polen – haben es sich zur Aufgabe gemacht, das demokratische Gesicht der Union zu entstellen. Polen geht sogar so weit, den geltenden Vorrang der EU-Rechtsordnung abzulehnen. Ein solches Verhalten missachtet nicht nur die einst vereinbarten gemeinsamen Regeln, sondern es schwächt die EU als Ganzes und stärkt ihre Gegner.

Kein Wunder, dass dieses Verhalten in aller Munde ist und Misstrauen hervorruft, wenn andere europäische Länder – so die sechs beitriftswilligen Staaten des Westbalkans, die sich am 6. Oktober in Slowenien mit den Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedstaaten trafen – schwören, die gemeinsamen europäischen Werte respektieren zu wollen.

Der Vertrag von Lissabon brachte das Recht, auch wieder aus der Union auszutreten. Grossbritannien nutzte diese Neuerung erstmals. Es gibt jedoch im EU-Recht keine Klausel, die den Ausschluss eines Mitgliedstaates erlaubt. Ein Land, das sich schwere Fehler zuschulden kommen lässt, kann sanktioniert werden – künftig auch finanziell. Doch für eine Entmachtung – für den Entzug des EU-Stimmrechts (wie in Artikel 7 des Vertrags vorgesehen) – braucht es die Zustimmung sämtlicher übriger Mitgliedstaaten. Solche Einstimmigkeit ist jedoch schwer zu erreichen und solange Budapest und Warschau zusammenstehen, ist sie praktisch undenkbar.

Wenn diese Staaten nicht rasch zur Achtung der gemeinsamen Werte zurückgeführt werden, droht eine allmähliche Erosion des europäischen Zusammenhalts – und damit verbunden der Zerfall der Union. Dies gibt Anlass zur Sorge. ★



© Institut Jacques Delors

ALAIN DAUVERGNE ist Berater am Institut Jacques Delors, einem unabhängigen Think Tank, der vom ehemaligen Präsidenten der Europäischen Kommission nach seinem Rücktritt gegründet wurde. Als damaliger stellvertretender Chefredaktor des Nachrichtenmagazins *Le Point* betreute Alain Dauvergne seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts für die EU-Parlamentwahlen das Ressort Europa. Er wurde daraufhin von Delors mit der Aufgabe betraut, die Arbeiten für den «Konvent zur Zukunft Europas» zu begleiten (Februar 2002–Juli 2003). Im Jahr 2004 veröffentlichte er ein Buch über diesen aussergewöhnlichen politischen Vorgang («L'Europe en otage?», von A. Dauvergne, Hrsg. Saint-Simon, 367 Seiten, Vorwort von Jacques Delors).



Die grundlegenden Werte der EU

von **Sophie in 't Veld**, Mitglied des Europäischen Parlaments

Die EU ist eine Wertegemeinschaft – im wahrsten Sinne des Wortes. Werte wie die Achtung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte sind in den Verträgen festgehalten, auf denen die gesamte Union beruht. Werden diese Werte nicht aufrechterhalten, sind auch die grundlegenden Verträge der Union verletzt.



© Sophie in 't Veld

SOPHIE IN 'T VELD ist eine niederländische Abgeordnete des Europäischen Parlaments. 2004 wurde sie zum ersten Mal als Spitzenkandidatin der sozialliberalen Partei *Democraten 66* gewählt und konnte ihren Sitz bis heute verteidigen. Als Europaabgeordnete setzt sich in 't Veld für die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und für die Grundrechte der europäischen Staatsbürger:innen ein. Sie hat lautstark Regierungen angeprangert, die die Gleichberechtigung von LGBTQ*-Europäer:innen mit Füßen treten, die akademischen Freiheiten oder die Pressefreiheit einschränken. Als Mitglied des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres hat in 't Veld ausserdem mehrere Initiativen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit ins Leben gerufen oder unterstützt. Beispiele hierfür sind der jährliche Grundrechtsbericht oder die Überwachungsgruppe für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte.

Eine Bedrohung der europäischen Werte ist daher eine Bedrohung für die EU als Ganzes. Die traurige Wahrheit ist, dass diese doppelte Bedrohung nicht nur hypothetisch ist. Die Rechtsordnung der EU wird derzeit in unterschiedlicher Weise attackiert und untergraben. So haben wir etwa kürzlich gesehen, wie ein stark politisiertes Gericht in Polen Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs als zweitrangig gegenüber nationalen polnischen Gerichtsentscheidungen eingestuft hat. Das steht in drastischem Widerspruch zum Kern der EU-Mitgliedschaft, wonach die EU-Rechtsprechung Vorrang hat. Genau dieser Vorrang des Gemeinschaftsrechts ist zentral für den Zusammenhalt der Union.

Warum aber missachtet das polnische Regime europäische Gerichtsurteile? Weil es sich bedroht fühlt von der EU-Rechtsprechung, welche die zahlreichen polnischen Angriffe auf die Werte der EU verurteilt. Das Regime unterwandert die EU-Rechtsordnung, um seine innenpolitischen Pläne zu verwirklichen. Dabei handelt es sich letztlich nicht nur um Angriffe auf die europäischen Werte, sondern auch um Angriffe auf die EU selbst. Eine Situation, vor der einige schon lange gewarnt haben. Polen hat getan, was kein anderer Mitgliedstaat zuvor wagte: eine offene Missachtung von EU-Recht, die über den passiven Ungehorsam hinausgeht. Das Erschreckendste an diesem Fall ist jedoch nicht der Angriff auf die europäischen Werte an sich. Auch nicht das beispiellose öffentliche Anprangern des höchsten europäischen Gerichtshofs. Am erschreckendsten ist die Unklarheit darüber, ob dieses Verhalten überhaupt Konsequenzen haben wird.

Polen, Ungarn und eine ganze Reihe von Mitgliedstaaten haben kürzlich ein Verhalten an den Tag gelegt, welches den Werten

der EU zuwiderläuft. Aber keiner dieser Staaten musste ernsthafte Konsequenzen davontragen. Eine Mehrheit der Regierungen der EU-Mitgliedstaaten hat beschlossen, das Fehlverhalten weiterhin zuzulassen und auch dessen Ausbreitung zu tolerieren. Das macht sie mitschuldig. Diese EU-Regierungen haben untereinander vereinbart, das Fehlverhalten von Mitgliedstaaten nicht zu sanktionieren. Darüber hinaus beschränken sie den Handlungsspielraum der Europäischen Kommission als Hüterin der Verträge. Mit einem sorgfältig ausgewählten Präsidenten und 26 Kommissar:innen, die ihre nationalen Interessen deutlicher in den Vordergrund rücken als je zuvor, übt der Europäische Rat ein beunruhigendes Mass an Kontrolle über die Kommission aus. Die Kommission ist damit zu einer Erfüllungsgehilfin geworden, die ihre disziplinarischen Aufgaben weitgehend aufgegeben hat.

Warum lassen die EU-Mitgliedstaaten eine solche Bedrohung für das Gefüge der EU zu? Was springt für sie dabei heraus? Cui bono? Dazu sollten wir nicht nur die abtrünnigen Regierungen betrachten, die sich gegen ein übermächtiges «Brüssel» auflehnen. Auch vermeintlich vernünftige Staats- und Regierungschefs haben sich bewusst entschieden, das Funktionieren der EU-Rechtsordnung zu untergraben. Von der Missachtung europäischer Gerichtsbeschlüsse über die mangelhafte Umsetzung von EU-Recht bis hin zu Unterfinanzierung und personeller Unterbesetzung bei der EU-Rechtsanwendung gibt es nur wenige Mitgliedstaaten, die sich nicht schuldig gemacht haben. So weiterzumachen, scheint kurzfristig der bequemste Weg zu sein. Eine plötzliche Sanktionierung eines oder mehrerer Mitgliedstaaten würde Frieden und Ruhe beenden. Diese Regierungen wissen sehr wohl um die langfristigen Risiken dieses Weges, aber wie das Sprichwort sagt: «Nach uns die Sintflut.» ★

Freiheit, Gleichheit – und das Klima?

von **Michael Bloss**, Mitglied des Europäischen Parlaments

Der zweite Artikel des Vertrags von Lissabon benennt die Werte, zu denen sich die Europäische Union bekennt – zwei davon sind Freiheit und Gleichheit. Diese Werte sind aber unter anderem durch die Klimakrise bedroht. Wir müssen jetzt handeln und Verantwortung übernehmen, um die europäischen Werte und die Zukunft der nächsten Generationen zu sichern.

Wir EU-Parlamentarier:innen haben am 28. November 2019 den Klimanotstand ausgerufen. Das ist zwar ein symbolischer Akt, aber dennoch ein Paukenschlag für alle weiteren Klimadebatten. Wir anerkennen, dass die Welt in Not ist und die Freiheit kommender Generationen und die globale Gleichheit massiv eingeschränkt werden. Die EU-Kommission und der Rat können sich nicht mehr wegdrücken und müssen liefern. Denn: Besonders als Europäische Union haben wir eine historische und globale Verantwortung gegenüber der Welt und unseren Mitmenschen.

Die Zeit rennt uns davon

Als 1882 in der Holborn Viaduct 57 Street in London das erste Kohlekraftwerk der Welt in Betrieb genommen wurde, konnte niemand ahnen, welche Folgen das für das Weltklima haben wird. Auch nicht, dass Jahrzehnte später die Europäische Union die drittgrösste Verursacherin von CO₂-Emissionen weltweit sein wird. Erst recht nicht, dass laut einer Studie von Oxfam die reichsten zehn Prozent der Menschen in der Welt verantwortlich sind für rund 50 Prozent der globalen Emissionen – und damit eine Klimaveränderung verursachen, die katastrophale ökologische und ökonomische Folgen mit sich bringt.

Ja, wenn wir über Klimagerechtigkeit sprechen, müssen wir tief in die Geschichtsbücher blicken. Denn es zeigt sich, dass der globale Norden einerseits grosser Treiber der Klimakrise ist. Gleichzeitig sind die Menschen im globalen Süden besonders

stark von der Klimakrise betroffen, obwohl sie relativ wenig zur Erderhitzung beitragen. Und das hat fatale Folgen: Die Weltbank geht von über 140 Millionen Binnenmigrant:innen bis 2050 aus, verursacht durch die Klimakrise. Der Weltklimarat hat im August dieses Jahres gezeigt, dass bislang alle Worst-Case-Szenarien zur Klimaerhitzung eintreffen. Die Klimakrise schreitet schneller und heftiger voran als ursprünglich angenommen.

Anders gesagt: Hitzewellen, Dürren, Fluten und andere Extreme werden häufiger und intensiver auftreten und im schlimmsten Fall Menschen vertreiben, wenn wir jetzt nicht handeln. Ein konkretes Beispiel: Madagaskar ist dieses Jahr von der härtesten Dürre seit 40 Jahren betroffen, die durch die Klimaerhitzung befeuert wurde. 400 000 Menschen droht der Hungertod. Es wird jetzt schon teuer, und ärmere Länder können sich diesen Wandel nicht leisten. Das ist weder fair noch verantwortungsvoll.

Gleichheit ermöglichen, Freiheit erhalten

Wir sehen, dass die Klimakrise ökologische Folgen nach sich zieht, die wir nicht mehr beherrschen können und die uns ökonomisch gesehen teuer zu stehen kommen. Global gleichwertige Verhältnisse oder zumindest die Chance darauf werden dadurch fast unmöglich. Gleichzeitig schränken wir die Freiheit kommender Generationen ein, wie es nicht zuletzt etliche Gerichte in Europa in Klima-Urteilen festgehalten haben. Nichts zu tun in Sachen Klimaschutz bedroht unsere Freiheit und die der kommenden Generationen.

Für mich bedeutet das für die Klimapolitik folgendes: Europäische Klimapolitik darf nicht zu Lasten von Menschen in armen Verhältnissen geschehen – weder bei uns zuhause noch im globalen Süden. Wir müssen alle mitdenken und Konzepte entwickeln – wie etwa eine europäische Klimadividende oder einen weltweiten Technologietransfer für eine gerechte Klimapolitik. Wenden wir sie an! Denn am Ende geht es um den Erhalt von europäischen Werten. ★



© Michael Bloss

MICHAEL BLOSS ist seit 2019 deutsches Mitglied des Europäischen Parlaments in der Fraktion der Grünen/EFA. Er ist Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie sowie stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit. Darüber hinaus ist er Mitglied der US-Delegation. Er hat sich schon früh für den Klimaschutz engagiert und ist insbesondere deshalb in die Politik eingestiegen. Er war Mitglied der Greenpeace-Jugend und der Grünen Jugend in Deutschland. Als Sprecher der Federation of Young European Greens nahm er an den Klimakonferenzen in Paris, Warschau und Kopenhagen teil. Nach seinem Studium in internationalen Beziehungen sowie in Globalisierung und Entwicklung arbeitete er zunächst als Berater bei der Entwicklungsgruppe der Vereinten Nationen und als politischer Referent für Ska Keller im Europaparlament. Jetzt setzt er sich im Europaparlament für einen starken Klimaschutz in Europa ein und ist verantwortlich für den EU-CO₂-Emissionshandel (EU ETS).



«Die gemeinsamen Werte der Schweiz und der EU müssen zu gemeinsamem Handeln führen»

Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des Schweizer Frauenstimmrechts spricht Ruth Dreifuss, ehemalige Bundesrätin und erste Bundespräsidentin der Schweiz, mit uns über Europa. Sie teilt ihre Gedanken über die Verbindungen zwischen der Schweiz und den europäischen Ländern und spricht über künftige Herausforderungen, sowohl in Bezug auf unsere gemeinsamen Werte als auch auf die Zukunft unserer Beziehungen.



© KEYSTONE/Salvatore Di Nolfi

Als Pionierin in jeglicher Hinsicht hat Ruth Dreifuss während ihrer Karriere eindrucksvolle Spuren hinterlassen. Als Sozialdemokratin, Feministin, Aktivistin, Gewerkschafterin, Sozialarbeiterin, sogar als Bundesrätin und erste Bundespräsidentin zeichnete sie sich vor allem durch ihre Sorge um die «kleinen Dinge» und ihr Interesse am Zusammenleben aus. Unter der Bundeskuppel setzte sie sich mit der AHV-Revision und im Bestreben um den Mutterschaftsurlaub für die weitere Gleichstellung der Frauen ein. Ihr Engagement beschränkt sich aber nicht auf die Schweiz: Ihre mutigen Reformen im Umgang mit dem Drogenkonsum haben ihre internationale Anerkennung gebracht.

2021 ist ein besonderes Jahr: Wir feiern nicht nur das 50-jährige Jubiläum des Frauenstimmrechts in der Schweiz, sondern auch das Ja zur Ehe für alle. Welche Bedeutung haben diese Ereignisse für Sie im europäischen Kontext?

Die positive Version ist, dass wir mit langsame Entscheidungen den Preis für die halbdirekte Demokratie bezahlen. Die kritische Version ist, dass eine gewisse Souveränitäts-Ideologie die Schweiz als «Sonderfall» betrachtet – und dass wir oft erst dann merken, was für uns gut ist, wenn wir die negativen Folgen unserer Trägheit spüren.

Das europäische Projekt basiert auf der Achtung der Menschenwürde, der Menschenrechte, der Freiheit, der Demokratie, der Gleichheit, der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung von Minderheiten. Was bedeuten diese Grundsätze und Werte für Sie?

Werte sollten wir immer an ihrer Umsetzung messen – nämlich am Willen, sie tatsächlich durchzusetzen. Sie müssen in unseren Verfassungen verankert sein und in Gesetze übertragen werden, die wir anwenden. Leider treten aber sowohl in der Schweiz wie auch in der EU zwischen Prinzipien und Realität stets Widersprüche auf, die es zu überwinden gilt.

Die «europäischen» Werte sind unter Druck geraten und werden teilweise sogar in Frage gestellt, auch innerhalb der EU. Wie schätzen Sie die europäischen Institutionen ein – sind sie in der Lage, diese Werte zu verteidigen?

Die europäischen Institutionen ähneln jenen der Schweiz vor 1848, als sie noch ein Staatenbund und kein Bundesstaat war. Das bedeutet, dass die europäischen Institutionen nur geringe Kompetenzen haben und die Souveränität der Mitgliedstaaten respektieren müssen. Dies, obwohl die Staaten durch einen souveränen Akt der Union beigetreten sind und ihre Regeln akzeptiert haben. Die Zusammenarbeit innerhalb der Union hat in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht. Insbesondere auf der Grundlage von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs setzt sich die EU nun ein für die Achtung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit sowie für die Unabhängigkeit der Justiz und der Medien. Sie räumt der europäischen Bürgerschaft einen immer grösseren Stellenwert ein, einerseits durch die Stärkung der Rolle des gewählten Parlaments, andererseits durch die Bürger:inneninitiative, die das Parlament verpflichtet, Vorschläge aus der Zivilgesellschaft zu behandeln. Darüber hinaus hat die Corona-Pandemie gezeigt, dass die EU in der Lage ist, die Anstrengungen ihrer Mitglieder zur Eindämmung der Pandemie zu koordinieren und die betroffenen Volkswirtschaften umfassend zu unterstützen.

Die jüngsten Fortschritte der EU im Bereich der Sozialpolitik, des Konsumentenschutzes oder des Klimaschutzes werden in der Schweiz oft übersehen. Weshalb wohl?



Bundesrätin Simonetta Sommaruga, Germaine Zenhausern (Tochter der Frau, die als Erste einen Stimmzettel in die Urne warf) und Ruth Dreifuss am 5. Juni 2021 in Unterbäch (VS) anlässlich der Feier der SP zum 50-jährigen Jubiläum des Frauenstimmrechts.

Vielleicht ist es die Unkenntnis unserer eigenen Geschichte, die uns dazu veranlasst, unsere existenziellen Verbindungen zu den europäischen Ländern zu unterschätzen. Ausserdem sind wir in der Schweiz oftmals zu wenig informiert über Fortschritte, die anderswo erzielt werden. Während eine Mehrheit der Schweizer:innen den Entscheidungen der EU gleichgültig gegenübersteht, machen andere – insbesondere die Schweizerische Volkspartei SVP – die EU seit mehr als dreissig Jahren für sämtliche Missstände verantwortlich und haben ein Klima des Misstrauens, wenn nicht gar der Ablehnung gegenüber allem, was aus Brüssel kommt, geschaffen.

Blicken wir in die Zukunft: Wie wichtig ist für Sie die EU als Wertegemeinschaft, sei es für die Schweiz, für den europäischen Kontinent oder für die Welt?

Die Geschichte Europas ist eine Geschichte der Konfrontation, der Gewalt und der Zerstörung. Die EU wurde auf den Trümmern und Abscheulichkeiten des Zweiten Weltkriegs errichtet; sie ist ein Projekt des Friedens, der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte. Ihre Vorbildfunktion und ihr Beitrag zu einer friedlichen Welt sind kaum zu überschätzen. Unsere Kulturen sind europäisch, unsere Bevölkerung ist weitgehend europäisch und unsere Verbindungen zur EU sind eng. Unsere Ge-

meinsamkeiten erfordern einen Ausbau der Zusammenarbeit mit der EU, um die Probleme zu lösen, vor denen Europa und die Welt stehen: Klima, Migration oder die ethischen Fragen, die sich aus dem Fortschritt in Wissenschaft und Technologie ergeben. Angesichts des Reichtums des Kontinents – auch wenn ungleich verteilt – müssen sich die Schweiz und die EU solidarisch zeigen mit den weniger wohlhabenden Ländern. Gemeinsame Werte müssen zu gemeinsamem Handeln führen.

Worin sehen Sie die grössten Herausforderungen für die europäischen Staaten, einschliesslich der Schweiz, in den kommenden Jahren?

Es geht um die Stärkung von Demokratien und der Rechtsstaatlichkeit. Beide stehen derzeit unter Druck von illiberalen Regimes, von extremistischen Parteien und Gruppierungen, die gewaltbereit sind und einschüchtern, und von Populisten, deren Rhetorik die demokratischen Institutionen zu delegitimieren versucht. Den genannten Herausforderungen lässt sich aber nur mit demokratischen Mitteln begegnen.

Wie haben sich diese Herausforderungen seit Ihrer Zeit im Bundesrat entwickelt und welche Auswirkungen hat dies auf die Art und Weise, wie wir darauf reagieren?

“

«Werte sollten wir immer an ihrer Umsetzung messen, nämlich am Willen, sie tatsächlich durchzusetzen.»



© KEYSTONE

Ruth Dreifuss nach ihrer Wahl zur Bundespräsidentin – eine Premiere für eine Frau – am 9. Dezember 1998 in Bern. Neben ihr steht Christiane Brunner, damalige Ständerätin SP aus Genf.

“

«Unsere Gemeinsamkeiten erfordern mehr Zusammenarbeit mit der EU, um die Probleme zu lösen, vor denen Europa und die Welt stehen.»

Ich habe den Eindruck, dass die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Spaltungen in den letzten zwanzig Jahren zugenommen haben und dass es schwieriger geworden ist, in grundlegenden Fragen einen Konsens zu finden. Die Debatten neigen dazu, immer konfrontativer zu werden. In vielen Bereichen, die für die Zukunft von Bedeutung sind – Sozialversicherungen, Umwelt, Klima – wurden vernünftige Reformen abgelehnt. Es ist schwieriger als früher, Blockaden in diesen Bereichen zu überwinden. Das gilt auch für unsere Beziehungen mit der EU.

Was möchten Sie unseren Leser:innen sagen, die sich wegen der gescheiterten Verhandlungen zum institutionellen Rahmenabkommen um unsere europäische Zukunft sorgen?

Ich teile ihre Sorge um die Zukunft unserer Beziehungen zur EU. Sie werden, wie ich befürchte, langsam erodieren – wenn es der Schweiz nicht gelingt, rasch einen Ausweg aus dieser Krise zu finden. Da eine EU-

Beitrittsforderung mittelfristig illusorisch ist, sehe ich nur zwei Möglichkeiten: Entweder der Bundesrat macht die am 26. Mai 2021 brutal zugeschlagene Tür mit vernünftigen Vorschlägen wieder auf und teilt die Ergebnisse mit der Bevölkerung, oder es wird eine breite Debatte über einen Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) eröffnet. Mit Norwegen, Island und Liechtenstein wäre die Schweiz in guter Gesellschaft. Dreissig Jahre nach dem knappen Nein zum EWR ist viel Zeit vergangen. Einer der Vorzüge der Demokratie besteht darin, dass Entscheidungen nach einer gewissen Zeit neu bedacht werden können. Wäre dem nicht so, hätten wir keine AHV, kein Frauenstimmrecht und keinen Mutterschaftsurlaub, um nur drei Beispiele zu nennen – wir wären bis heute noch nicht mal Mitglied der UNO.★

Ein strategischer Kompass

von **Rudolf Wyder**, Vizepräsident der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik

Wer sich mit Aussenpolitik beschäftigt, wird schwerlich darum herumkommen. Die Rede ist vom Buch «Eine Aussenpolitik für die Schweiz im 21. Jahrhundert», das soeben auf Deutsch erschienen ist. Die französischsprachige Ausgabe wird in Kürze folgen. Das von der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik SGA-ASPE in Auftrag gegebene Werk steht in der Reihe des 1975 erschienenen «Handbuchs der schweizerischen Aussenpolitik», das letztmals 1992 überarbeitet worden ist. Die seither erfolgten politischen Umwälzungen und veränderte Nutzerbedürfnisse machten eine grundlegende Neukonzeption nötig.

Weder eine detailreiche Gesamtdarstellung noch eine Momentaufnahme ist heute gefragt. Was das Herausgebertrio Thomas Bernauer/Katja Gentinetta/Joëlle Kuntz vorlegt, ist eine konzise Gesamtschau, die als strategischer Kompass für alle dienen soll, die sich mit Aussenpolitik befassen. Was in der politischen Debatte allzu oft fehlt, ist «The Big Picture»: globalstrategische Einordnung, realistische Bewertung von Spielräumen und Optionen, Verknüpfung zwischen Politikbereichen.

Für eine aktive, mutige Aussenpolitik

Der Band vereinigt wissenschaftliche Beiträge von 19 Autor:innen, die die Veränderungen der letzten Jahrzehnte aufarbeiten und das Spektrum aktueller Fragestellungen und absehbarer Herausforderungen umfassend abdecken. Das Resultat ist nicht ein politisches Manifest oder Programm, sondern eine Orientierungshilfe und ein Standardwerk staatsbürgerlicher Bildung. Ziele, Zwecke und Akteure der Aussenpolitik werden ebenso behandelt wie die globale und die regional-europäische Ebene. Kein Politikbereich, von Aussenhandel, Finanzen/Währung über Umwelt und Klima bis Entwicklungspolitik, Migration, humanitäre Hilfe und Friedensförderung sowie Sicherheit, wird ausgespart. Kooperation ist, wie SGA-Präsidentin Christa Markwalder in ihrem Vorwort schreibt, der wichtigste Pfeiler einer aktiven, mutigen schweizerischen Aussenpolitik: «Die

Schweiz sollte sich weiterhin engagiert als international offene Partnerin an Verträgen, Vereinbarungen, Konventionen und gemeinsamen Abkommen aktiv beteiligen mit politischen, wirtschaftlichen und auch sozialen oder kulturellen Inhalten, sei dies in bi- oder multilateraler Form.»

Europa mitgestalten

Die offene Europafrage wird von den Herausgeber:innen als die zentrale aussenpolitische Herausforderung identifiziert. Das Kapitel «Die Schweiz in der Europäischen Union: Enklave, Partnerin oder Mitglied?» zeichnet den Leidensweg des Rahmenabkommens nach und analysiert, wie es so weit kommen konnte, dass das von der Schweiz initiierte Abkommen und mit ihm der Bilateralismus in die Sackgasse geriet. Nüchtern werden dann die europapolitischen Optionen der Schweiz geprüft, Chancen und Risiken abgeschätzt und Implikationen aufgezeigt. Mit einem eindeutigen Befund, der die aufmerksamen Leser:innen nicht überraschen wird. Überraschen wird allenfalls, dass der Bundesrat 1992 – man möchte ihn daran erinnern! – zum selben Schluss gelangte: Ohne Mitbestimmung auf europäischer Ebene wird sich die Schweiz stets in einem einseitigen Abhängigkeitsverhältnis gegenüber dem europäischen Staatenverbund befinden. «Die Schweiz», schrieb er damals, «sollte als gleichberechtigter Partner mit ihren Nachbarn an der Gestaltung der Politik in Europa teilnehmen, und damit in der Lage sein, ihre Interessen wirksam wahrzunehmen. Diese Perspektive steht ihr nur im Falle eines EG-Beitritts offen.» ★



Thomas Bernauer, Katja Gentinetta, Joëlle Kuntz (Hg.)

Eine Aussenpolitik für die Schweiz im 21. Jahrhundert

Im Auftrag der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik SGA-ASPE, NZZ Libro, Basel, 2021, 272 S., 12 Tab. u. Graph., 15 × 22 cm, gebunden. Fr. 46.– (UVP) / € (D) 46.–, ISBN 978-3-907291-58-0



Katja Gentinetta, Politikphilosophin und Publizistin

© Benjamin Hötler



Thomas Bernauer, Professor für Politikwissenschaft, ETH Zürich

© Thomas Bernauer



Joëlle Kuntz, Kolumnistin und Buchautorin

© Joëlle Kuntz

Rudolf Wyder ist Vizepräsident der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik. Er war von 1977 bis 1982 Generalsekretär der Europa-Union Schweiz, Vorgängerin der heutigen Europäischen Bewegung Schweiz.



Die Kluft zwischen der Schweiz und der EU vergrössert sich

von **Chantal Tauxe**, Vizepräsidentin der Europäischen Bewegung Schweiz



© Europäische Bewegung Schweiz

Der Bundesrat hat den denkbar schlechtesten Zeitpunkt gewählt, um sich mit der Europäischen Union zu zerstreiten. Seit die EU 2020 beschlossen hat, ihre Schulden zu vergemeinschaften, befindet sie sich in einer «koperikanischen Revolution»: in einer Expansionsphase, vergleichbar mit der Einführung des Binnenmarktes oder des Euros.

Die Liste der laufenden EU-Projekte ist beeindruckend, wie die Rede von Ursula von der Leyen zur Lage der Union im September gezeigt hat: Neben der Umsetzung des 750-Milliarden-Euro-Aufbauplans und des «Green Deal» erwähnte die Kommissionspräsidentin die Stärkung der Solidarität im Gesundheitswesen, neue Impulse in der Industriepolitik (mit der Schaffung einer Allianz für Prozessoren und Halbleitertechnik), die Regulierung der Technologiegiganten Google, Amazon, Facebook, Apple und Microsoft (GAFAM), ein Erasmus-Programm für unausgebildete und arbeitslose Jugendliche (ALMA), die Stärkung des europäischen Rahmens für soziale Rechte, mehr Einsatz für gerechtere Unternehmenssteuern (im Verhältnis zu den Vorteilen der Binnenmarktteilnahme), eine gemeinsame europäische Verteidigung sowie ein Gesetz zur Medienfreiheit.

All diese wichtigen Themen betreffen auch die Schweiz. Was auch immer man davon hält – die Regulierungsmacht der EU wirkt sich stets auch hierzulande aus. Doch selbst nach dem Scheitern des institutionellen Rahmenabkommens verirrt sich die Politik immer wieder in verfahrenstechnischen Details und vergisst dabei das Ziel unserer bilateralen Beziehungen mit den 27 europäischen Ländern: Weiterhin von der europäischen Dynamik zu profitieren, um unseren Wohlstand langfristig zu sichern. Der Bundesrat wusste irgendwann

selbst nicht mehr, warum er überhaupt Verhandlungen aufgenommen hatte, und beendete sie schliesslich abrupt. Wie ein Kind, das seine Karten in die Luft wirft, weil es die Spielregeln nicht akzeptieren mag. Seit jenem schicksalhaften 26. Mai ist die Debatte über Möglichkeiten und Wege zur Erneuerung unserer Beziehungen mit der EU völlig festgefahren.

Die Kluft zwischen einer abwartenden, gespaltenen und orientierungslosen Schweiz und einer durch den Brexit noch stärker geeinten Union, die bereit ist für die Herausforderungen der globalen Geopolitik, vergrössert sich. Vor diesem Hintergrund trifft der Name Europäische Bewegung Schweiz den Kern der Sache: Angesichts einer trägen Schweiz, die sich in der globalen Dynamik nicht positionieren will, obliegt es der Europäischen Bewegung, neue Impulse zu setzen. Einerseits, um die Projekte und Ambitionen der EU aufzuzeigen. Andererseits, um gangbare Wege für eine vertiefte Integration in die EU zu präsentieren. Dabei soll es nicht nur um juristische Argumente gehen. Sondern um die Vorzüge einer europäischen Souveränität, die auch unsere demokratischen und humanitären Werte vor dem Zugriff der Grossmächte schützt.

Wenn die in den letzten 20 Jahren aufgebauten bilateralen Beziehungen allmählich erodieren, bleiben der Schweiz drei Möglichkeiten: als Drittstaat zu gelten, Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums EWR zu werden oder der Europäischen Union beizutreten. Unsere Bewegung setzt sich mit Entschlossenheit dafür ein, dass die beiden letztgenannten Optionen zur Debatte gebracht werden. Sie sind auch bezüglich des wirtschaftlichen Nutzens und für unsere Souveränität am bedeutendsten. Die Instrumente der direkten Demokratie wurden von der SVP oft genug genutzt, um die Europapolitik zu lähmen. Jetzt ist es an der Zeit, diese Instrumente zugunsten unserer Überzeugungen einzusetzen. ★

Es ist jetzt an der Zeit, vorwärtszu- gehen. Die Europäische Bewegung Schweiz hat verschiedene Ideen für politische Vorstösse, welche die Schweiz aus der europapolitischen Sackgasse führen sollen. Dazu interessiert uns Ihre Meinung; wir haben deshalb eine grosse Europa-Umfrage lanciert. Nehmen Sie sich fünf Minuten Zeit und helfen Sie uns mit Ihrem persönlichen Feedback, klug zu entscheiden. Einfach QR-Code einscannen und los gehts! Vielen Dank.



«Vogelstrauss-Politik» ist keine Option

von **Sarah Wyss**, Präsidentin der Sektion Basel der Europäischen Bewegung

Der Entscheid des Bundesrates, die Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen mit der Europäischen Union einseitig ohne Plan B zu beenden, hat in der Region Nordwestschweiz für Konsteration und Unverständnis gesorgt. Einerseits erstaunte das undiplomatische Vorgehen unserer Landesregierung mit dem unilateralen Verlassen des Verhandlungstisches. Andererseits stellten sich postwendend Fragen nach den nächsten Schritten in den Beziehungen mit der Europäischen Union. Die grenzüberschreitenden Beziehungen mit unseren Nachbarn sind mittlerweile – nicht nur in den Grenzregionen – so eng und wichtig, dass deren Pflege und Weiterentwicklung für unsere Sicherheit und unseren Wohlstand von zentraler Bedeutung sind.

Gute Zusammenarbeit und Mitbestimmung ist stets besser als Isolation

Das Zusammenleben in der Region Nordwestschweiz ist europäisch – war es schon immer. Arbeitnehmende aus dem Elsass und Südbaden zählen genauso zum Alltag der Region wie die Möglichkeit für die Nordwestschweizer Bevölkerung, mit dem Velo in die grünen Naherholungsgebiete rheinabwärts, in die Vogesen oder in den Schwarzwald zu gelangen. Der Wert dieser Zusammenarbeit zeigte sich eindrücklich in den jüngsten Erfahrungen mit der Corona-Pandemie: Dank der Fachkräfte aus den grenznahen Regionen konnten die Spitalversorgung aufrechterhalten und im Gegenzug Patient:innen aus dem grenznahen Raum in Schweizer Spitalern behandelt werden. Was die Schweiz aber natürlich nicht daran hindern soll, künftig mehr Fachpersonen (gerade im Gesundheitswesen) auszubilden.

Wie geht es nun weiter nach dem Nein zum institutionellen Rahmenabkommen?

Die Nordwestschweizer Erfahrung mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit lehrt uns, dass Kooperation und Mitbestimmung stets besser sind als Isolation. Die zahlreichen politischen und gesellschaftlichen Foren der europäischen Zusammenarbeit in der Dreiländereckregion belegen dies seit Jahrzehnten, indem sie konkret zur besseren Verständigung sowie zur Schaffung von Bildung, Wohlstand und Sicherheit beitragen. Die Nordwestschweiz zeigt, wie die Zusammenarbeit über Grenzen hinaus erfolgreich sein kann. Für die Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union sind nun neue Impulse gefragt. Angesichts der paralyisierten Situation im Bundesrat und bei den Parteien müssen solche Anstösse auch aus der Zivilgesellschaft und aus den Grenzregionen kommen. Die Europäische Bewegung und ihre Sektionen können dabei eine wichtige Rolle einnehmen, etwa beim Aufzeigen der Optionen und Chancen der europäischen Zusammenarbeit. Und das wollen wir nun auch tun. Denn die Lebensrealität der Menschen in unserem Land scheint deutlich «europäischer» zu sein als diejenige des Bundesrats. Nichts zu tun und auf wunderbare Besserung nach den nächsten eidgenössischen Wahlen 2023 zu hoffen, ist keine Option.

Ich bin überzeugt, dass die Zeit reif ist für eine vertiefte Debatte zu den europapolitischen Optionen unseres Landes. Erinnern wir uns an den Ursprung der EU nach dem Zweiten Weltkrieg. Erinnern wir uns, dass auch wir Europa mitgestalten wollen, und erinnern wir uns an all die Vorteile einer stabilen Beziehung zur Europäischen Union. ★



© Sarah Wyss

Für ein souveränes, demokratisches und föderales Europa

von **Raphaël Bez**, Mitglied des Vorstand der UEF und Generalsekretär der Europäischen Bewegung



© Europäische Bewegung Schweiz

Die Union Europäischer Föderalisten (UEF), deren Schweizer Sektion die Europäische Bewegung Schweiz ist, hat Anfang Juli ihren Kongress in Valencia, Spanien, abgehalten. Wahlen, Verabschiedung von Resolutionen, Debatten und Diskussionen: ein Rückblick auf diese beiden Tage.

Endlich! Nach fast zwei Jahren mit Online-meetings konnten wir uns Anfang Juli zum Kongress der UEF in Valencia versammeln. Der letzte Kongress fand im November 2018 in Wien statt. Damals wurde ich neu in den Vorstand gewählt. Die Schweizer Präsenz im Leitungsgremium der UEF widerspiegelt das beträchtliche Gewicht der Schweizer Sektion: Zusammen mit der deutschen, der italienischen und der österreichischen Sektion ist die Europäische Bewegung Schweiz eine der «Grossen». 2021 jährt sich zudem zum 75. Mal die Verabschiedung der Gründungsurkunde der föderalistischen Bewegung, die in Hertenstein, in der Nähe von Luzern, unterzeichnet wurde. Die Schweizer:innen haben also von Anfang an eine wichtige Rolle bei der Entwicklung und Förderung eines föderalen Europas gespielt.

Aber zurück zum Kongress: Es war eine Gelegenheit, Bilanz über die vergangenen zwei Jahre zu ziehen. Unter dem Vorsitz von Sandro Gozi, Mitglied des Europäischen Parlaments (Fraktion «Renew Europe»), hat die UEF wieder etwas an Farbe gewonnen. Das ist wichtig, denn die Bewegung stand 2019 und 2020 vor internen Herausforderungen, die viele Ressourcen beanspruchten und zu einer vollständigen Erneuerung des zentralen Sekretariats in Brüssel führten. Die finanzielle Lage hat sich etwas stabilisiert, ist aber nach wie vor fragil. Wir können aber auf einen engagierten und gut vernetzten Präsidenten zählen, welcher der Stimme der UEF im Europäi-

schen Parlament, in den Medien und in anderen Netzwerken Gehör verschaffen kann. Über die formalen Traktanden hinaus bot der Kongress auch die Gelegenheit, über unsere gemeinsame Zukunft nachzudenken und zu diskutieren. So beteiligte sich der Europaabgeordnete und ehemalige belgische Premierminister Guy Verhofstadt, Co-Präsident des Exekutivausschusses der Konferenz über die Zukunft Europas, an einer Diskussionsrunde mit dem Titel «Ein föderales Europa – souverän und demokratisch». Diese Diskussion knüpfte an den von der UEF im März dieses Jahres lancierten Appell an, den inzwischen auch Josep Borrell, der Hohe Vertreter der EU für Aussen- und Sicherheitspolitik, unterzeichnet hat.

Verhofstadt wie Gozi erinnerten an die Bedeutung des europäischen Projekts. Der Weg seit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in den 1950er-Jahren war lang und voller Tücken. Es wurden auch Fehler gemacht. Aber eine Rückkehr zum Nationalismus, zu einem Europa der Nationen ist keine Option. Europa kommt voran – trotz einiger Widrigkeiten. Die Konferenz über die Zukunft Europas ist ein Beweis dafür. Sie wird vielleicht nicht alle Erwartungen erfüllen aber sie findet statt. Um es in den Worten von Sandro Gozi zu sagen: Wir wollten ein Fahrrad und wir haben es bekommen – jetzt müssen wir aufsteigen und losfahren. Wir müssen uns die Hände schmutzig machen und in die Arena steigen. Und genau das tut die UEF mit Sandro Gozi, mit dem Europaabgeordneten und UEF-Vizepräsidenten Domènec Ruiz Devesa und mit unserer Generalsekretärin Anna Echterhoff, welche alle drei aktiv in der Konferenz engagiert sind.

Das Projekt eines föderalen, souveränen und demokratischen Europas, das die Herausforderungen von heute und morgen zu bewältigen vermag, ist sinnvoller denn je. ★

Im Folgenden finden Sie einen Überblick über die Zusammensetzung der UEF-Gremien:

Präsident: Sandro Gozi (Italien)
 Vizepräsidium: Markus Ferber (Deutschland), Domènec Ruiz Devesa (Spanien) und Luisa Trumellini (Italien)
 Vorstand: Raphaël Bez (Schweiz), Daniel Gerer (Österreich), Daphne Gogou (Griechenland), François Mennerat (Frankreich), Eszter Nagy (Ungarn), Sebastiano Putoto (JEF Europa), Giulia Rossolillo (Italien), Laura Tatarellyte (Estland), Wolfgang G. Wettach (Deutschland), Brigit Wille (Deutschland)
 Kassier: Dominique Ostyn (Belgien)
 Generalsekretärin: Anna Echterhoff (Deutschland)

Weitere Informationen über die Organisation und den Appell «Unser föderales Europa: souverän und demokratisch» finden Sie unter www.federalists.eu.

Für ein handlungsfähiges Europa in der Welt

von **Marc Sinner**, abtretendes Vorstandsmitglied der young european swiss | yes

Die weltpolitische Landkarte verändert sich gerade massiv: Die USA richten ihre Aussen- und Verteidigungspolitik konsequent auf den Systemwettstreit mit China aus. Der Rückzug aus Afghanistan und die militärische Allianz mit Australien sind Bausteine davon. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten waren dabei zum einen nur Zaungäste, zum anderen wurden sie bewusst ausgebootet. Dies ist ein Vorgeschmack auf Zeiten, in denen in der Weltpolitik mit deutlich härteren Bandagen gekämpft wird! Europa braucht daher dringend eine gemeinsame Strategie in der Aussen- und Verteidigungspolitik.

Leider erhält Emmanuel Macron, der seit langem für mehr europäisches Handeln in der Sicherheitspolitik eintritt, noch immer zu wenig Unterstützung seitens seiner Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Rat. In vielen Ländern Europas ist man anscheinend noch immer der Ansicht, die eigene Verteidigung könne an die USA delegiert werden. Europa wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten jedoch selbst für seine Sicherheit sorgen müssen. Die USA haben weder den politischen Willen noch die Ressourcen, um sich neben ihrem Engagement im pazifischen Raum weiterhin in Europa und im Nahen Osten zu engagieren.

Die Kooperation mit den USA via die NATO bleibt auch in Zukunft wichtig. In vielen Bereichen der Weltpolitik haben Europa und die USA nach wie vor ähnliche Interessen. Die NATO braucht jedoch neben dem Pfeiler USA dringend einen zweiten, gleichwertigen Pfeiler in Form einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik.

Für Europa heisst dies auch, dass höhere Verteidigungsausgaben nötig sind – ein bei den Wählerinnen und Wählern oftmals unpopuläres Anliegen. Doch es ist allemal besser, dies im europäischen Verbund zu tun als in nationalen Alleingängen. Durch Standardisierung, grössere Stückzahlen, mehr Wettbewerb im Einkauf und zielgerichtete Spezialisierung können die finanzi-

ellen Mittel deutlich effizienter eingesetzt werden. Das ideologische Festklammern an nationalstaatlicher Souveränität kostet uns Steuerzahlende bares Geld!

Diese Erkenntnisse gelten auch für die Schweiz als Nicht-Mitgliedsstaat der Europäischen Union und der NATO. Wir müssen uns fragen, ob wir unsere eigene Sicherheit noch im Alleingang gewährleisten können, oder ob nicht eine stärkere Integration in ein sicherheitspolitisches Bündnis die Lösung ist. Der Beitritt zur Europäischen Union wäre dabei der wichtigste Schritt. Ein Beitritt zur NATO – in der Schweiz neben dem EU-Beitritt das noch grössere Tabuthema – muss dabei auch Teil des Variantenfächers sein. Die Neutralität um ihrer selbst willen darf uns dabei nicht im Weg stehen. Sie ist immer nur Mittel zum Zweck und nicht Selbstzweck.

Wenn wir in Europa (einschliesslich der Schweiz!) die Zeichen der Zeit nicht rechtzeitig erkennen, riskieren wir, zwischen den grossen Machtblöcken USA und China zerrieben zu werden. Dies gilt nicht nur für die Aussen- und Verteidigungspolitik, sondern ebenfalls für die Aussenhandels- und Wirtschaftspolitik. Für Alleingänge der Schweiz hat es dabei sicherlich keinen Platz mehr. Wenn wir unsere Souveränität in Zukunft erhalten möchten, dann gilt mehr denn je: lieber mit unseren Nachbarn gemeinsam in Brüssel entscheiden, als freiwillig gezwungen nachzuvollziehen, was in Washington und Peking entschieden wird. Letzterer Satz ist die Hauptmotivation für mein Engagement bei der Europäischen Bewegung Schweiz. Nachdem ich die vergangenen vier Jahre im Vorstand der young european swiss tätig sein durfte, habe ich an der GV Anfang Oktober das Zepter weitergereicht. Künftig werde ich mich im Vorstand der Sektion Ostschweiz für die europäische Sache engagieren. ★



© Marc Sinner



Werde Mitglied der yes!
Alle Infos sind auf unserer
Webseite: www.y-e-s.ch

Europatagung vom 27. November: Reden wir über Europa und unsere europäische Zukunft!

von **Raphaël Bez**, Generalsekretär, und **Marc-Olivier Reber**, Mitarbeiter der Europäischen Bewegung



IMPRESSUM

Herausgeberin

Europäische Bewegung Schweiz

Redaktion

Janina Aeberhard, Anja Betschart, Raphaël Bez, Justine Hayoz, Marc-Olivier Reber, Magazin europa.ch, Europäische Bewegung Schweiz, PF 481, 3000 Bern 22, + 41 31 302 35 36, magazin@europa.ch

Autor:innen

Raphaël Bez, Michael Bloss, Alain Dauvergne, Roland Fischer, Sophie in 't Veld, Marc-Olivier Reber, Marc Sinner, Chantal Tauxe, Rudolf Wyder, Sarah Wyss

Übersetzung und Lektorat

Janina Aeberhard, Anja Betschart, Raphaël Bez, Justine Hayoz, Toni Koller, Pierre Alain Seiler

Konzept

Nicolas Peter

Druck

Stämpfli Kommunikation, staempfli.com

Auflage

2700 Deutsch, 1700 Französisch

Titelseite

KEYSTONE/Urs Flueeler (Foto)

Postkonto und IBAN

30-9024-9 | CH14 0900 0000 3000 9024 9. Sind Sie daran interessiert, in einer der nächsten Ausgaben des Magazins europa.ch zu inserieren? Wenden Sie sich bitte ans Sekretariat unter magazin@europa.ch.

Die Europäische Bewegung Schweiz stellt fest, dass der Bundesrat auch sechs Monate nach dem Verhandlungsabbruch über ein institutionelles Rahmenabkommen noch immer keine strategische Perspektive für die Europapolitik vorgelegt hat. Der bilaterale Weg erodiert zunehmend und Gespräche über alternative Modelle für die künftigen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU werden im Keim erstickt. Und die politischen Parteien sind mit sich selbst und mit strategischen Überlegungen hinsichtlich der eidgenössischen Wahlen 2023 beschäftigt. Wir können und wollen aber nicht bis 2024 warten, um über unsere Zukunft zu sprechen. Es ist jetzt an der Zeit, klarzustellen, welche Rolle und welchen Platz die Schweiz in Europa einnehmen will. Wir müssen dringend über unsere europäische Zukunft reden!

Deshalb organisieren wir am Samstag, dem 27. November 2021 in Bern und online eine grosse Europatagung. Unser Anspruch ist es, eine breite Diskussion anzustossen, die sich mit der Zukunft der Schweiz in Europa auseinandersetzt. Tauschen wir uns aus und hören einander zu. Die Europatagung soll eine Plattform für europäische Perspektiven bieten, auf der Themen wie Souveränität, europäische Werte und gemeinsame Herausforderungen, etwa im Bereich Klimawandel oder Digitalisierung, diskutiert werden. Gleichzeitig soll an die laufenden Debatten der «Konferenz zur Zukunft Europas» angeknüpft werden.

Die Konferenz zur Zukunft Europas gibt EU-Bürger:innen eine einzigartige Möglichkeit, sich über die gewünschte Zukunft der Europäischen Union auszutauschen. Als Land mitten in Europa sind diese Überlegungen für uns ebenfalls höchst relevant. Wir gehören zu Europa – wir sind Europäer:innen.

Während die EU im Rahmen dieser Konferenz über ihre Zukunft nachdenkt, sollten wir das Gleiche tun.

An den Diskussionen und Inputreferaten werden hochkarätige Persönlichkeiten der schweizerischen und der europäischen Politik, aber auch Vertreter:innen aus der Wirtschaft, der Medienbranche und der Wissenschaft sowie bekannte Schweizer Schriftsteller:innen zu Wort kommen. Damit können unterschiedliche Perspektiven zu Europa und den Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU beleuchtet und kritisch hinterfragt werden. Nicht zuletzt wollen wir natürlich auch das Publikum einbeziehen und uns mit Ihnen darüber austauschen, was wir gemeinsam tun können, um unsere europäische Zukunft zu sichern.

Es sind alle Interessierten herzlich eingeladen, an unserer Europatagung teilzunehmen. Da die Platzzahl aber beschränkt ist, werden die Anmeldungen in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt. Der gesamte Event wird via Livestream übertragen, sodass auch eine digitale Teilnahme möglich ist.

Wir freuen uns sehr darauf, gemeinsam mit Ihnen darüber zu diskutieren, wo wir aktuell stehen, wo wir in Zukunft stehen möchten und wie wir dorthin kommen können. ★

Europatagung

Samstag, 27. November · 10:00-18:00 Uhr · in Bern und online

- 10:00** Einleitung | *Eric Nussbaumer*
- 10:20** Suisse-UE, allons de l'avant | *Pascal Couchepin*
- 10:40** Comment parler d'Europe ? | *Stefan Schmid, Richard Werly, Giannis Mavris*
- 11:40** Teilnahme oder Assoziierung, die Schweiz muss sich entscheiden
MdEP Lukas Mandl, Dr. Christian Frommelt, Dr. Charlotte Sieber-Gasser
- 12:40** Suisse-UE : un avenir commun ? | *Joëlle Kuntz*
- 13:00** Message vidéo | *MdEP Eva Maydell*
- 13:10** Pourquoi une Conférence sur l'avenir de l'Europe ?
MdEP Gwendoline Delbos-Corfield (online)
- 14:00** Message vidéo | *MdEP Sandro Gozi*
- 14:10** Erosion – wirklich? | *Dr. Peter Grünenfelder*
- 14:30** Europa, eine Angelegenheit der Kantone?
Jacqueline Fehr, Roland Mayer, Dr. Kathrin Amacker
- 15:30** Les défis de demain : européens
S.E. Petros Mavromichalis
- 16:25** Europa wiederentdecken | *Roger de Weck*
- 16:45** Unsere europäischen Werte - sind sie in Gefahr?
Sabine Radl, Dr. Katja Gentinetta, Roger de Weck
- 17:45** Conclusion | *Chantal Tauxe*
- 18:00** Apéro

Anmeldung obligatorisch
bei Teilnahme vor Ort*:
www.europa.ch
oder mit dem QR-Code

* begrenzte Plätze:
first come, first served



Ort

Eventfabrik, Fabrikstrasse 12, Bern

YouTube

Livestream auf youtube.com/europch

Verpflegung

Café und Gipfeli, Mittagessen und Apéro inbegriffen

Preis

CHF 70.-, CHF 30.- (für unter 30-Jährige) und CHF 120.-
(Unterstützungspreis): Bezahlung vor Ort oder online

Anmeldung

www.europa.ch, QR-Code oder info@europa.ch

COVID-Zertifikat

Obligatorisch bei Teilnahme vor Ort

Informationen

www.europa.ch | info@europa.ch

Social-Media

#europCHday2021



ANMELDUNG



Working at Home. La Punt Arbeitskonsole und Marva Drehstuhl.
Design: Mathias Seiler

Dank seiner wahlweise klappbaren Arbeitsfläche ist La Punt ein Arbeitsmöbel, welches in jeder Wohnung Platz findet.

Zum Sitzen Marva – ein Drehstuhl, der mit seinen runden und weichen Formen viel Wohnlichkeit vermittelt und dennoch über alle Funktionen verfügt, die Sie von einem ergonomischen Drehstuhl erwarten sollten.

